

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 4200000 Mark für Oktober ohne die Post  
gebühr für Zustellung; Es ist nur Postbezug zulässig

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
Das einzelne Exemplar kostet 500000 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 6. Oktober 1923

Nummer 90

### Zur Lohn- und Tariffrage

Der Schiedspruch vom 1. Oktober bezüglich der Lohnfestsetzung für die Woche vom 29. September bis 5. Oktober (vgl. Lohntabellen in Nr. 89) wurde inzwischen auch von unsern Vertretern anerkannt.

Am 4. Oktober einigten sich die beiderseitigen Vertreter innerhalb der Tarifkommission auf einen Spitzenlohn von 2,5 Milliarden (52,083 Millionen Stundenlohn) für die Woche vom 6. bis 12. Oktober. Die entsprechende offizielle Bekanntmachung kann erst in nächster Nummer veröffentlicht werden, die infolgedessen einen Tag früher (Dienstag nächster Woche) erscheinen wird. Wir weisen noch besonders darauf hin, daß vereinbart wurde, angesichts der Entwicklung auf dem Lebensmittelmarkt dringend zu empfehlen, Abschlagszahlungen nach der wirtschaftlichen Möglichkeit der einzelnen Betriebe am Dienstag zu leisten.

Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein den Tarif zum 31. Dezember d. J. fristgemäß gekündigt hat. Anträge der Gehilfenschaft zur Abänderung des Tarifs müssen bis spätestens 27. Oktober beim Verbandsvorstand eingereicht sein.

### Dolchstoß der Reaktion!

Am 3. Oktober ist es der Stinnes-Richtung in der Deutschen Volkspartei gelungen, die seit dem 13. August bestehende große Koalition zu sprengen. Nach dem Rücktritt Stresemanns von der Leitung dieser sehr zwiespältigen Partei der Großverdiener ist dort bolschewistischer Reichstag in Permanenz. Schließlich hat die schwerindustrielle Gruppe, d. h. Stinnes und Konzerngesellschaft, die von Stresemann bislang vertretene Fertigungsindustrie an die Wand gedrückt und mit echt Stinnescher Unbekümmertheit um Volks- und nationale Interessen wird aufs Ganze gegangen. Die Abberufung Raumers und die Beiseiteschiebung von Luther als Reichsminister auf Parteigeheiß war der den neuen deutschnationalen Bundesgenossen zugeworfene Köder zum Anbissen: ein Willkommensgruß an Helferlich, den Reichsverderber erster Klasse.

Die große Koalition war kein idealer Zustand, aber gegenüber der Regierung der Miswirtschaft und Unfähigkeit unter Beider-Hermes-Cuno eine förmliche Ergrügenschaft. Stresemann und Silberding bildeten gute Tragpfeiler und trügten schon verweckte Hoffnungen auf. Das Kabinett der Sachwertverfassung" stand aber bald so ab gegen die "Fachsminister"-Regierung, daß den Herren Stinnes, Helferlich usw. nicht wohl zu Mute wurde dabei. Die Aufgabe des passiven Widerstandes an Ruhr und Rhein hat trotz scheinbarer Zustimmung der Deutschen Volkspartei im Grunde sehr verdrossen, denn nun ist es ja aus mit den Ruhrkrediten, deren Nutznießer diejenigen waren, die sowieso nicht zu wenig verdienen.

Die Regierung Stresemann hat mit dem Ausnahmezustand einen Wochsprung vollführt, der allen reaktionären Preisfechtern ganz nach Wunsch kam, obwohl er gegen Puffche von rechts aus Anlaß der Kapitulation im Westen gedacht war. Bayern tanzt nun unter dem Diktator Raab dem Reich noch mehr auf der Nase herum. Die Reichsautorität wird von den Raab, Lubendorff, Hitler usw. auf das schwerste bloßgestellt. Wegen die Arbeiterbewegung erläßt aber der durch einen groben taktischen Fehler in Berlin auf den Ausnahmeschild erhobene Raab eine einschränkende Bestimmung nach der andern und kündigt härteste Strafen an. Wegen die republikanischen Regierungen in Sachsen und Thüringen sucht man jedoch den starken Mann zu spielen. Eine gottvolle Verwechslung der Bezirke und der Staatsnotwendigkeiten!

Durch die Militärdiktatur nun in Geschmack gekommen, wurde auch der Versuch zu einer großkapitalistischen Diktatur gewagt. Man nennt das „Ermächtigungsgesetz“, worunter Ausschaltung des Reichstags, Aufhebung des Achtstundentages und Ausbooster vor allem von Silberding verstanden wird. Also hinauskomplementierung der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung und Proklamation der Arbeiterschaft durch die „teilweise“ Besetzung

des Achtstundentages. Das (wie bezeichnenderweise das ganze Vorgehen der Marekhi-Gruppe in der DVB.) ist selbst einem Blatte wie den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu toll, und es findet über das ganze unsinnige Treiben scharfe Worte.

Die sozialdemokratische Fraktion hat die ihr von den deutschen Wirtschaftsdiktatoren gewordene Brüllstimmung mit 61 gegen 54 Stimmen gegenteiligen Votens beantwortet. Das ist ein bedenkliches Zeichen. Man kann Anhänger oder Mißversteher der großen Koalition sein, auf eine solche Herausforderung hätte sich eine glatte Antwort der Abwesenheit gehört. Wenn man allerdings den von Erhard Hueer am Anfang dieser Woche in Berlin über den Zustand in München ausgesprochenen Optimismus gelesen hat, den der „Vorwärts“ am andern Tage offen kritisieren mußte, dann kann es einen aufrufen vor den „Staatsmännischen“ Eigenschaften mancher Parteihäupter. Wo vertrat man aber in dieser ersten Stunde die übrigen ungefähr 60 Abgeordneten die Interessen der Arbeiterschaft? Dieses Fehlen in Masse bei wichtigen Entscheidungen ist auch ein sehr schlechtes Zeichen.

Es ist zu verlangen, daß im Reichstag dem sogenannten Ermächtigungsgesetz zu einer Totgeburt verholken, und daß Schluß mit dem Ausnahmezustand gemacht wird, aber auch mit diesem Reichstage selbst. Die Dinge an der Ruhr sind doch Neuwahlen nicht mehr so hinderlich. Im Ausland wird dieses von der Partei der Schwerverdiener aus dem Handgelenk angerichtete politische Chaos Deutschland noch großen Abbruch eintragen. Daß die Mark so leicht auf über 500 Millionen heruntergeschunden wurde, ist das landesverräterische Verdienst der geschworenen Gegner der Marktstabilisierung mit.

Massenhafte Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit in riesigem Umfange, Produktionsabotage in jeder Form und Ausdehnung — und dabei hysterisches Verlangen nach Produktionssteigerung, gepaart mit dem in „besseren Kreisen“ üblich gewordenen Grundsatz „Faulenze und Spekulation!“ Dazu nun Verlängerung der Arbeitszeit und andere soziale „Fortritte“. Ferner den Schwindel mit den Milliardenböhen zum Verküßern immer schreierender werdender Not im Volke! Das Unternehmertum jedoch scheint bei der Regel gewordenen Kurzarbeit immer noch ein sehr gutes Leben führen zu können. Man verdient ja jetzt auch bei stark verringertem Produktion noch gut und sehr gut.

Das „Garantieangebot“ der „deutschen Wirtschaft“ in den ersten Sunitagen 1923 und Stinnes erste Dolchstöße gegen den Achtstundentag im Reichswirtschaftsrat am 9. November 1922 waren Anfänge, jetzt ist ein größerer Stoß ausgeführt worden. Die Arbeiterschaft wird aber zum Gegenstoß ausholen. Die Gewerkschaften werden im Kampfe mit der Großmacht Stinnes und seiner Presse zeigen, daß sie doch nicht ausgehöhlt werden können. Will die Industriepolitik zur offenen Konterrevolution übergehen, dann hat sie den ersten Anlauf sehr unglücklich unternommen und, was wohl zutreffen wird, mit ihrem Zweifrontenkampf gegen die Sozialdemokratie und gegen Stresemann den bekannten Sitz zwischen zwei Stühlen ganz sicher gewählt.

### Zur Umstellung des „Korrespondent“

In einer Funktionärversammlung in Köln wurde einem Vorschlage des Vorstandes einstimmig zugestimmt, der dahin ging, den Ortsvereinsbeitrag so zu erhöhen, daß eine Bildvergütung für das „Korr.“-Abonnement aus der Ortskasse erfolgen kann. Auf diese Weise wurde die Aufrechterhaltung des „Korr.“-Obligatoriums gesichert, und dem Verbandsorgan werden in Köln keine Abonnenten verloren gehen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Kölner Mitgliedschaft alles tun werde, um das Verbandsorgan zu stützen und ihm über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen. — In Breslau befaßte sich eine sehr gut besuchte Versammlung mit der Abschaffung des „Korr.“-Obligatoriums durch den Gauvorstand. Die Versammelten traten dieser sich über das Gaustatut einfach hinweggehenden Maßnahme des Gauvorstandes scharf entgegen und betonten, daß der „Korr.“ als Hauptbindemittel zwischen Gewerkschaft und Mitglied auch weiterhin jedem einzelnen zuzunützlich gemacht werden müsse. Gerade in der Provinz, wofür der Gauvorstand durch seinen Beschluß gleiche Rechnung tragen zu müssen, würden die Kollegen durch das Nichtsein des „Korr.“ vollends den organisatorischen Halt verlieren. Es sei mehr als fräalich, ob das Gros der Mitglieder (auch zwei oder drei zusammen) auf eigne Kosten

das Verbandsorgan abomieren würde. Wegen der vorgeschütteten Kostenersparnis müßten andre Mittel und Wege gesucht werden. Besonders Arbeitslosen und Kranken könne nicht zugemutet werden, das Abonnement selbst zu bezahlen. Ein Antrag auf Wiederherstellung des Obligatoriums wurde fast einstimmig angenommen. — In Leipzig hatte der Gauvorstand die Absicht, das von altersher bestehende, gelegentlich aber durch eine radikale Extratour einmal aufgehobene Obligatorium auch ferner beizubehalten; nur sollte auf zwei Mitglieber (ist ein „Korr.“ temmen. Es ist nämlich nicht zu verkennen, daß Leipzig mit der eignen Austragung der 6500 Exemplare (Druckereizweise) noch erhebliche Mehrkosten hat. Eine Versammlung in voriger Woche hat aber unter entsprechender Erhöhung des örtlichen Beitrages beschloffen, an dem bisherigen Zustande nichts zu ändern. Es waren gerade ganz linksstehende Kollegen die Befürworter. — Auf einer Bezirksvorsteherkonferenz des Gaues Thüringen in Weimar wurde hinsichtlich des „Korr.“ einmütig zum Ausdruck gebracht, daß das Verbandsorgan unter allen Umständen erhalten bleiben muß. Orte und Bezirke sollten Maßnahmen ergreifen, damit aus eignen Mitteln den Mitgliebern eine Beihilfe zum „Korr.“-Abonnement gewährt werden kann und so das Fundament der Organisation wieder gefestigt wird.

Der diesmalige Monatswechsel hat einen Rückgang der Auflage von 51 000 auf 30 000 gebracht. Da im Laufe des September die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit ganz enorm geworden ist, so ist diese einstweilige Verringerung um 31,5 Proz. in erster Linie darauf zurückzuführen. Der jetzige Abonnementspreis von 4 200 000 M. kann doch sonst niemand abhalten, auf das selbst zu verzichten, was ihm als organisiertem Buchdrucker unentbehrlich sein muß, nämlich der „Korrespondent“.

## Haltet hoch den „Korrespondent“!

Was seit etwa Mitte September über die Lage unfres Verbandsorgans bekannt geworden ist und in der am 29. September erschienenen Nummer durch eine Art von Bilanz über den momentanen Stand noch deutlicher gemacht wurde, zeigt meines Erachtens nur, daß mit unserm Organ falsch orientiert worden ist. Man hat die Mitglieber zu sehr geschont, um dann doch zu sehen, daß es so nicht weiter geht. War der Verbandsbeitrag eine ganze Zeitlang zu gering, so das Abonnement auf den „Korr.“ noch mehr. Durch die Rückvergütung auf den Abonnementspreis wurde der jedenfalls schon hohe Zuschuß beträchtlich größer. Die Verbandsleitung hat von vornherein und dann noch hinterher zugesprochen. Die Rückvergütung war unhaltbar.

Ein Blatt wie unser „Korr.“ für 10 000 M. im Monat zu liefern, mußte zu Kurzschluss führen. Warum hat man nicht schon früher so zu uns gesprochen wie in den letzten Wochen? Der Buchdrucker weiß doch aus seiner Arbeit, was andre Fachblätter oder Zeitschriften kosten, und es muß ihm auch bekannt sein, was da schon seit Monaten an Nachzahlungen verlangt worden ist. Daß durch die von außen gekommene neue Abonnementsregelung von Oktober an der „Korr.“ zurückgegangen sein sollte, könnte nur durch die größer gewordene Arbeitslosigkeit erklärt werden. Ich kann mir gar nicht denken, daß ein wirkliches Verbandsmitglied ohne den „Korr.“ auskommen kann oder warten soll, bis die Reihe des Lesens an ihn kommt, wenn mehrere Kollegen auf nur ein Exemplar unfres Verbandsorgans abonniert sind. Mancher Krach dürfte in solchen Fällen entstehen. Ein arbeitendes Verbandsmitglied, dem 4 210 000 M. im Monat zu viel sein sollten, sollte sich einfach begraben lassen. Das älteste Gewerkschaftsblatt sollte jetzt am gesichersten dastehen. Was bezahlen wir denn auch jetzt eigentlich?

Wer bei befreundeten Genossen oder in Gewerkschaftshäusern jetzt Gelegenheit hat, andre Gewerkschaftsblätter sich anzusehen, der wird froh sein, daß wir das Obligatorium vom Verbandsorgan nicht haben; auf der Leipziger Generalversammlung wäre es ja beinahe dazu gekommen. Die Aushöhlung der Gewerkschaften, worüber der „Korr.“ am 22. September so beachtenswert schrieb, kann vom Kapital gar nicht besser erreicht werden, als wenn die Gewerkschaftspresse so zum Absterben kommt. Was selbst Bismarck durch sein Schandgesetz gegen die moderne Arbeiterbewegung nicht erreichte, nämlich die Zertrümmerung der Gewerkschaftspresse, das droht jetzt durch kapitalistische Machinationen zur Tatsache zu werden. Wir Mitglieber im Verbandsorgan wollen aber zeigen, daß für das Verbandsorgan uns kein Opfer zu groß ist. Nicht vier, sondern acht Seiten müßten möglichst wieder die Regel sein. Der weiterarbeitende Teil will und wird den „Korr.“ hochhalten, zumal alle Zeichen darauf hindeuten scheinen, daß das Unternehmertum auf breiter Front zum Generalsturm auf die Arbeiterrechte mobil macht. Achtet gerade jetzt auf die Nichtleiter des „Korr.“, denn auf sie ist in gewerkschaftlicher Beziehung in der Regel wenig Verlaß!

S a m b u r n.

—df.

## Arbeitslosenfragen

Der Artikel des Kollegen Rippel in der vorigen Nummer dokumentiert, wie es nicht gemacht werden sollte. Das Traument mit den Leipziger Verbandsstagsbeschlüssen hat bereits ein sehr Berufener, der Verbands-Kassierer, mit präzisem Zahlenmateriale zerpfückt. Wenn eine solche Beweismittel stattfindet, dann hätte der Kollege Rippel auch angeben müssen, daß die Noth der immer drückender

werdenden Verhältnisse schon andre Abweichungen notwendig gemacht hat. Die Beweismachung der Beitragsfestsetzung ist in erster Linie zu nennen. Sie erfolgt seit längerer Zeit wöchentlich, womit dem schnelleren Auffleigen der Arbeitslosenunterstützung gewiß sehr gebietet ist. Die rasende Geldentwertung kann aber gar nicht in dem erforderlichen Maße bei der Unterstützung der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter variiert werden. Wenn für die zweite Oktoberwoche der Verbandsbeitrag auf 32 Millionen Mark festgesetzt ist für Vollmitglieber und die Vollarbeiter noch einen Extrabeitrag von 4 Millionen zu leisten haben, so kann man sicher sein, daß auch von den 32 Millionen nicht wenig für die Arbeitslosigkeit daraufgeht.

Anstatt mit dem alten Begriffe des Teilens zu operieren, dazu die von der Organisation besoldeten, die über Minimum entlohnten und die noch vollarbeitenden Kollegen aufzufordern und dem Verbandsvorstande vorzuhelfen, er habe in seinem Aufrufe einen solchen Ansporn zur größten Opferwilligkeit vermissen lassen, hätte Rippel der Verbandsleitung empfehlen können, mit dem Beitragsausmaße eher noch über die Leipziger Beschlüsse hinauszugehen. Denn nicht die nominelle Höhe des Beitrages ist ausschlaggebend, sondern sein Verhältnis zur Friedenszeit. Das würde wenigstens noch einen finanziellen Effekt haben, wenn auch das ständige Zurückgehen der Vollarbeitszahl (siehe die Schweinitz'sche Tabelle) ihn sehr beeinträchtigt. Örtlich und persönlich kann dann immer noch ein übriges gesehen, mag es sich dabei auch nur um eine Befundung guten Willens handeln. Daran hat es übrigens bisher schon nicht gefehlt. Wir wissen, daß von den zentralen Körperschaften in unserer Organisation (Verbandsvorstand und Redaktion) angefangen bis zu den Ortsvereinsangehörigen in der letzten Monaten bei der Gehaltszahlung Zurücktreten zugunsten anderer Verpflichtungen in einem Maße erfolgt ist, das bis zum eignen Notstande geführt hat. Daß bei allen besoldeten Kollegen jetzt aber nicht Kurzarbeit, sondern Langarbeit ausgedehntester Art üblich ist, was ja auch aus der tagweisen Schließung der Bureaus hervorgeht, um aufarbeiten zu können, kann bei der Gelegenheit auch noch gesagt werden. Die „Arbeitszeit“ der Organisationsvertreter bei den fortwährenden Lohnverhandlungen ist ein Kapitel des Entsetzens. Bei uns in der Redaktion spiegeln sich ja die enorm gesteigerten Unterstützungs-geschäfte nicht so wieder, dafür aber die Lohnregelung. Da wird noch abends um 10 Uhr, wird Sonntags früh und Sonntagabends telefonisch angefragt; immer in der „selbstverständlichen“ Annahme, daß der Redaktionsdienst ununterbrochen zu gehen hat. Was allerdings von Sonntagnachmittags an bis weit in den Montag hinein schon geleistet werden mußte, rechtfertigt solche Erwartungen der Überspannung förmlich. Kollege Rippel scheint in diesen Dingen sehr unkundig zu sein, darum muß das einmal ausgesprochen werden. Es wäre noch hinzu zufügen, daß unfre Verbandsbeamten sich obendrein schlechter stehen als die Gewerkschaftsangestellten im allgemeinen.

Das Breslauer Beispiel der Unterstützungsablehnung ist eine Geistes, die nicht zur Nachahmung reizen wird, weil im allgemeinen die Kollegenschaft eher für Zusatzeinrichtungen, also für das Gegenteil von Verzicht, zu haben ist. Abgesehen ist der Breslauer Verzicht nicht von ohngefähr gekommen, sondern der Kollege Rippel hat ihn als Vorsitzender des Erwerbslosenrates laut dem uns selbst gelieferten Materiale kräftig betrieben. Wenn man anstatt dessen zum Oktobermonatswechsel mit seiner besonderen Härte dem weiterarbeitenden Teile der Breslauer Kollegen, der anscheinend einer Aufrüttelung bedarf, das Beispiel der Kollegen in Bremerhaven-Gestemünde-Dehe nur teilweise empfohlen hätte, nämlich einen Stundenlohn aufzubringen, was dort für jeden arbeitslosen Kollegen eine örtliche Unterstützung von 164 Millionen Mark in der letzten Septemberwoche ausmachte, und man wäre damit an die Öffentlichkeit getreten, dann würde das wohl einen guten Anstoß gegeben haben. Die Arbeitslosigkeit in Breslau ist prozentual aber jedenfalls größer, die Kollegen in den drei Unterweserorten werden daher mit dem Beschluß der wöchentlichen Abgabe eines jeweiligen Stundenlohnes den Vorrang behalten, solange es eben auch dort geht.

Die ungeheure Ausdehnung der Kurzarbeit hat in der Tat auf die Arbeitslosenunterstützung so zuriübedämmend gewirkt. Kollege Rippel bezweifelt zwar diese Behauptung des Verbandsvorstandes nicht, aber sein Artikel zeugt auch nicht von dementsprechend gewonnener Erkenntnis, sonst wäre er einfach unterblieben. Die Kurzarbeiterunterstützung hätte, wenn einmal Generalversammlungsbeschlüsse auch in Katastrophenzeiten unter allen Umständen bindend sein sollten, was anscheinend des Kollegen Rippel falsche Meinung ist, weit eher seine Kritik hervorrufen müssen. Sie ist nämlich gar keine statutarische Unterstützung, also auch nicht in Leipzig beschloffen, vielmehr von der Gauvorsteherkonferenz im September v. J. in Anbetracht der plötzlichen Entwicklung geschaffen und vom 1. Oktober 1922 an eingeführt worden. Es kann aber nur zur Aufklärung dienen, wenn einige Zahlenangaben darüber erbracht werden, wie die Dinge jetzt nun liegen. So hatte der Gau Thüringen am 20. September 1400 Kurzarbeiter in 34 von seinen 45 Druckorten. Also selbst in den kleinsten Städten ist diese vordem nur „Großstadterrungenschaft“ gewesene Abwälzung von wirtschaftlichen und steuerlichen Anforderungen sowie der Rückwirkung von Überpreisen und der Goldmarkeneinführung Mode geworden. Aus Mitgliebertreibern selbst hat man schon Ansichten vernehmen können, daß die Kurzarbeiterunterstützung von der Organisation gar nicht dauernd gehalten werden könne.

Während der letzten Zeiten zu diesem Artikel, der wegen der neuesten politischen Vorgänge sowieso eine Teilung erfahren muß, kommt denn auch vom Verbandsvorstand schon die Bekanntgabe der Aufhebung der Kurzarbeiterunterstützung vom 7. Oktober ab. 36 000 Kurzar-

arbeiter sind ungefähr im ganzen Verbandsgebiete ermittelt worden, und die Zahl der Vollarbeitslosen hat einen Umfang angenommen, daß darüber denn doch andre Betrachtungen und Erwägungen notwendig werden, als es von Seiten Rippels nach abgegriffener und zum Teil auch gewerkschaftlich bedenklicher Schablone geschieht.

## Das Buchgewerbe im Ausland

Vor Zusatz nach folgenden Ländern wird dringend gewarnt: Belgien, Frankreich (einschließlich Elsass-Lothringen), Italien, Österreich, Schweiz, Tschechoslowakei, Holland (wegen großer Arbeitslosigkeit), Jugoslawien und Rumänien (wegen Tarifschwierigkeiten).

**Österreich.** Nachdem in den letzten Wochen verschiedene wichtige Lebensmittel etwas im Preise fielen, was sich beim einzelnen Artikel allerdings nicht besonders fühlbar machte, alles in allem genommen aber doch eine gewisse Verbilligung der Lebenshaltung erwarten ließ, einmal sich auch der monatliche Index am 15. August um 4 Proz. negativ auswirkte und demzufolge eine Verkürzung des Lohnes der graphischen Arbeiterschaft mit sich brachte, ist seit Anfang September wieder eine wesentliche Steigerung aller Lebensnotwendigkeiten vor sich gegangen. Diese brachte auch eine Erhöhung der Indexziffer am 15. September um 3 Proz., so daß die Löhne um eben dieselbe Prozentsiffer „emporschickten“. Das Eigentümliche im österreichischen Wirtschaftsleben besteht darin, daß die Krone schon seit langem stabil ist, die Warenpreise aber zusehends die Tendenz zum Steigen aufweisen. Natürlich muß bei den Händlern und landwirtschaftlichen Produzenten alles mögliche herhalten, um diese Preiserhöhungen pfeilschnel zu machen. Das mehr als Unangenehme für die graphische Arbeiterschaft liegt aber darin, daß der Abschlag immer von der höheren Lohnsumme vorgenommen wird, während der Zuschlag vom geringeren Teile vor sich geht. Wenn sich dieses Wechselspiel noch lange wiederholt, so wird die graphische Arbeiterschaft bald schlechter dastehen als vor der Tarifrevision. Eine feststehende Lohnsumme, von der sowohl die prozentuale Erhöhung als auch die Abschlagung erfolgen sollte, wäre im Interesse der Arbeiterschaft vorteilhafter gewesen. — Infolge Drängens der vielen Kontraktionslosen hat der Verbandsvorstand sämtliche Untertütungsätze um rund 100 Proz. erhöht, ohne daß vorläufig der Verbandsbeitrag einer Änderung unterzogen worden wäre. Es ist aber fraglich, ob die Leitung des Reichsvereins mit dem bisherigen Beitragsätze ihr Auskommen finden wird. Nach den letzten Veröffentlichungen hat der Verbandsvorstand allein für Unterstützungen im Monat Mai 202 362 500 Kr. und im Monat Juni 216 765 700 Kr. verausgabt. Seit dieser Zeit haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutend verschlechtert. — Am 17. Oktober werden es zehn Jahre, seitdem Kollege Karl Höger, der sich um das österreichische Proletariat im allgemeinen und um die graphische Arbeiterschaft im besonderen unvergeßliche Verdienste erworben hat, die Augen für immer schloß. Ein Aufruf aus Kollegenkreisen im „Vorwärts“ geht nun dahin, es möge jeder Kollege sein Scherflein beitragen, damit diesem einzigartigen, von echtem Idealismus getragenen Manne ein Denkmal für alle kommenden Geschlechter gesetzt werden kann. Wer aber Karl Höger selbst kannte, wird wissen, daß er immer ein Feind solcher Ehrungen war, und es heißt abzuwarten, welche Stellungnahme die österreichische Kollegenschaft zu dem Vorschlage einnehmen wird.

## Korrespondenzen

**Brieg.** Die Aussperrung bei den Firmen Heinze und Löwenthal ist nach dreiwöchiger Dauer unter Aufrechterhaltung des Tarifs beendet. Für die den Aussperrten gewährte Hilfe herzlichsten Dank.

**Gau Thüringen.** Eine Konferenz der Bezirksvorsteher und Bezirkskassierer am 9. September in Weimar befaßte sich in eingehendster Weise mit der tariflichen Lage und der organisatorischen Situation. Wie dringend notwendig die Konferenz war, zeigte die nach dem ausführlichen Referat des Gauvorsitzers eingehende Aussprache. Aus den Berichten der Bezirksleiter ist hervorzuheben, daß der erste Ansturm der Prinzipalität durch das harte Nein der Gehilfenschaft abgewehrt werden konnte. Das Unternehmensmerkmal respektiert jetzt wohl — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die gesetzlichen Bestimmungen und tariflichen Abmachungen, läßt aber allerorts Kurzarbeit bis herunter zu acht Stunden wöchentlicher Arbeitszeit sowie Entlassungen eintreten. Trotz alledem ist die Gehilfenschaft bereit durchzuhalten; sie setzt auch weiterhin alles Vertrauen in die Organisation und ihre Führer. Die Aussprache über die von der Verbandsleitung getroffenen Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung der Organisation war von tiefem Ernste getragen. Alle Funktionäre gaben die Erklärung ab, auf den in aller Kürze einzuberufenden Bezirkskonferenzen den örtlichen Vertrauensleuten die strengste Einhaltung und Durchführung der getroffenen Maßnahmen zur Pflicht zu machen, damit das Fundament der Organisation wieder ein erträgliches wird. Hinsichtlich des „Korr.“ herrschte nur eine Meinung: dieser muß unter allen Umständen den Mitglieðern erhalten bleiben. Aber die Abhaltung oder eine Verschiebung der nächsten Verbandsgeneralversammlung

waren die Meinungen geteilt, da einzelne Bezirke sich bereits für Abhaltung ausgesprochen hatten. Die Konferenz stellte sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt, daß die Ventilierung dieser Frage späteren ruhigeren Zeiten überlassen bleiben muß. Die Erledigung dringender Gauangelegenheiten bildete den Schluß der Tagung.

## Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jährige Verbandsjubiläum)

Eckert Otto Buxel aus Straßburg, jetzt in Bochum, 6. Oktober.

## Allgemeine Rundschau

**Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe.** Die Schlüsselzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist mit Wirkung vom 3. Oktober ab auf 3,6 Millionen festgesetzt worden.

**Neuer Zeitungspapierpreis.** Der Preis des Zeitungspapiers ist für den Monat Oktober auf 28½ Goldpfennig für das Kilogramm Notationsdruckpapier und 29½ Goldpfennig für Formatapapier festgesetzt worden.

**Von der Wichtigkeit einer Zeitung im Hause.** Ein Schüler der Emil-Thoma-Schule in Freiburg i. B. verfaßte über diese Aufgabe folgenden Aufsatz: „Gestern sagte meine Mutter, sie wolle die Zeitung abbestellen, weil sie zu teuer sei. Da sagte ich: „Wer die Zeitung vernünftig liest, spart viel Geld. Man weiß, wenn die Eisenbahn, das Brot, die Gasmarken und sonstige Sachen aufschlagen. Wenn man das beizetten ließt, kauft man diese Sachen vor. Dabei gewinnt man viel. Die Leute aber, die die Zeitung nicht lesen, können das nicht wissen und haben dadurch großen Verlust. Darum soll man die Zeitung nicht abbestellen, denn sonst werden die Buchdrucker und Redakteure brotlos. Nachdem ich meiner Mutter alles auseinandergesetzt hatte, sagte sie zu mir: „Ich werde jetzt die Zeitung nicht abbestellen.“ Auf diese Schülerarbeit verdient das Dichterwort Anwendung: „Was kein Verstand der Verständigen sieht, das übet in Einfalt ein kindlich Gemüt.“

**Zur Unterbilanz bei der Reichsbahn.** Zu diesem Thema wurde der „Rheinischen Zeitung“ folgendes von unterrichteter Seite geschrieben: Während sich die Reichsregierung den Kopf darüber zerbricht, wie bei den Verwaltungen gespart werden kann, gibt nachfolgende Tatsache ein hübsches Beispiel, wie stellenweise bei den Behörden das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird. Die Reichsbahndirektion Erfurt gab am 1. September dieses Jahres eine „Grundpreistafel“ für Personen, Militär, Hunde, Gepäck und Expreßgut heraus. Es ist dies eine 22 Zentimeter hohe, 11 Zentimeter breite, aufkarbonierte Broschüre von 36 Seiten Kolonnensatz auf gutem Papier und in gutem, klarem Druck hergestellt. Diese 36 Seiten starke, mit Kartonnagepapier versehene Broschüre kostet ganze — 100 000 M. (hunderttausend Mark!!!). Wohl gemerkt: Gültig vom 1. September 1923! Also zu einer Zeit, wo in fast jeder kleinen Vorzeitung das einseitige Anzeigen-Millimeter schon 100 000 M. kostet, gibt die Reichsbahn ein ganzes Heftchen zu diesem Preise ab. Ist das keine Sabotage? Wäre es nicht interessant, schatzstellen, was die Reichsbahn der herstellenden Druckerei A.-G. König in Erfurt für jedes Exemplar hat bezahlen müssen? Ganz ähnliche Fälle soll es übrigens auch bei der Abgabe von andern Formularen geben. Da ist es allerdings kein Wunder, wenn die Reichsbahn immer zutüfteln muß und auf keinen grünen Zweig kommt.

**Neue Lohnsätze für das Buchbindergewerbe.** Für die Zeit vom 27. September bis 3. Oktober wurden durch Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 2. Oktober die Spitzenlöhne in der Druckerei I für ledige Gehilfen auf 25 500 000 M. und für verheiratete Gehilfen auf 30 000 000 M. festgesetzt. In Leipzig (Druckerei II) betragen die Spitzenlöhne der Buchbinder 24 480 000 bzw. 28 800 000 M.

**Neuregelung des Steuerabzuges.** Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 an für den Steuerabzug vom Arbeitslohn grundlegende Änderungen ein. Bisher wurden die Ermäßigungen für den Familienstand und die Werbungskosten nur monatlich der Geldbewertung und der Lohnentwicklung angepaßt. Die immer schneller fortschreitende Geldbewertung und die damit verbundene häufige Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie das dauernde Wachsen der Werbungskosten haben es erforderlich gemacht, die Ermäßigungen in kürzeren Abständen als bisher der Entwertung anzupassen. Die in letzter Nummer des „Korr.“ erwähnte Vorlage des Reichsfinanzministeriums an den Reichsrat bzw. die darauf zurückzuführende Verordnung vom 27. September d. J. steht daher eine automatische Anpassung der Ermäßigung im Anschluß an den jeweiligen Lebenshaltungsindex vor. Dabei ist von den in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungssätzen auszugehen. Diese Sätze sind mit einer vom Reichsminister der Finanzen auf Grund der Entwicklung des Lebenshaltungsindex ermittelten und öffentlich bekannt gemachten Verhältniszahl zu vervielfachen. Die Regelung findet erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, der nach dem 30. September 1923 fällig geworden und gezahlt worden ist. Die Verhältniszahl ist jeweils bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem Arbeitslohn zugrunde zu legen, der bis zum Ablauf der Kalenderwoche fällig geworden und gezahlt worden ist, für die die Verhältniszahl festgelegt wird. Die Verhältniszahl beträgt für die erste Kalenderwoche des Oktober 1. Bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem in der Zeit vom 1. bis zum 6. Oktober einschließlichs fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind also die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit 6 zu vervielfachen. Daher beträgt z. B. bei wöchentlicher Lohn-

Zahlung die Ermäßigung für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau je 172 800 M. - 1 036 800 M., für jedes Kind 1 152 000 M. x 6 = 6 912 000 M., der sogenannte Werbungskostenpauschal 1 440 000 M. x 6 = 8 640 000 M. Unter Anwendung dieser Sätze errechnet sich beispielsweise der Steuerabzug vom Arbeitslohn für einen verheirateten Buchdrucker mit zwei Kindern, der in der Woche vom 23. bis 28. September 850 Millionen Mark verdiente, folgendermaßen:

10 Proz. Abzug Erwerbseinkommen für den Steuerpflichtigen	85 000 000 M.
und seine Ehefrau	2 078 600 M.
Gewinnabzug für zwei Kinder	13 821 000 M.
Werbungskosten	8 640 000 M.
Zusammen	21 537 600 M.
Es bleiben also zu zahlen	63 462 400 M.

Das entspricht einer Belastung von 7,1 Proz. Die Verhältniszahl für die spätere Zeit wird als „Verhältniszahl für die Ermäßigung beim Steuerabzug vom Arbeitslohn“ im „Reichsanzeiger“ sowie in der Tages- und Gewerkschaftspresse rechtsseitig bekanntgemacht werden. Außerdem erteilt jedes Finanzamt über die Höhe der jeweils geltenden Verhältniszahl Auskunft.

Neue Erwerbslosenunterstützungssätze. Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen in der Woche vom 26. September bis zum 2. Oktober für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, in der Ortsklasse A 42, in B 39, in C 36 und in D und E 33 Millionen Mark. Lebte die unterstützte Person in dem Haushalt eines andern, so ermäßigt sich die Sätze auf 33,5, 31,5, 29,5 und 27,5 Millionen Mark. Männliche Personen unter 21 Jahren erhalten 25, 23,5, 22, 20,5 Millionen Mark. Für weibliche Personen über 21 Jahre im eigenen Haushalt ist die Unterstützung auf 33,5, 31,5, 29,5 und 27,5 Millionen Mark festgesetzt. Für solche Personen, die in fremdem Haushalt leben, tritt eine Verminderung in sämtlichen Ortsklassen von 5,5 Millionen ein. Weibliche Personen unter 21 Jahren erhalten 19,5, 18, 16,5 und 15 Millionen Mark. Die Familiensumme betragen für den Ehegatten 15,5, 14,5, 13,5 und 12,5 Millionen Mark, die für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 12,5, 11,5, 10,5 und 9,5 Millionen Mark.

Briefkasten

H. W. in Br.: Ihre Anzeige beansprucht zehn Zeilen, kostet also 600 000 M. und wird aufgenommen, wenn Betrag hier. - H. R. in D.: Wir können auch über Ihre Ergänzung keine bestimmte Aussage machen, da die Schwierigkeiten der Unterbringung zu groß sind. - H. G. in W.: Bericht der Hauptverwaltung vom Juli ist bisher wegen Raumnot zurückgestellt worden. - Theodor Gabben in Berlin: Ihr Artikel ist am 2. Oktober angekommen und am 3. hier eingetroffen. An die Raumverhältnisse des „Kor.“ haben Sie sich aber weniger gehalten als Ihr Meinungsgegner, wir müssen jedoch diese Maßregel sein lassen. - W. S. in D.-G.: Ein Fehlbetrag waren die mitgeteilten 21 000 M. nicht, sondern der eigentliche Betrag. Aufsendung erfolgt nicht wegen zu hoher Postkosten. - E. S. in Hamburg: Wir verzichten nur noch über 60jährige Verbandsmitglieder. - R. G. in Pommern: Die Veröffentlichung von Warnungsnotizen ist Sache des örtlichen Vorstandes. - E. S. in W.: Da läßt sich jetzt nichts versprechen, sondern nur sagen: was möglich, wird geschehen. Wir bitten aber dringend, von Vergleichen mit andern Städten, namentlich Deutschlands großen, abzusehen, da es nach unsrer Kenntnis hierbei große Schwierigkeiten gibt. - H. W. in B.: Anzeige Nr. 15 zweifelt 5 200 000 M., Anzeige Nr. 16 einmal 2 110 000 M.

Verbandsnachrichten

Bestimmungen über die Beitragsleistung

Die Befassung der Verbandskasse infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die in unserm Gewerbe zur Zeit einschleichend der Kurzarbeit 50 bis 40 Proz. beträgt, und infolge des durch die Arbeitslosigkeit verursachten Ausfalls an Beiträgen zwingt den Verbandsvorstand, vom 7. Oktober an die Kurzarbeiterunterstützung aufzuheben. Vom genannten Tage an gelten nun folgende Bestimmungen für die Beitragsleistung:

1. Vollbeschäftigte Mitglieder haben den ordentlichen Beitrag und den ausserordentlichen Extrabeitrag zu leisten.
2. Mitglieder, die fünf Tage oder die entsprechende Stundenzahl in der Woche arbeiten, haben den vollen Verbandsbeitrag zu zahlen, sind aber, wie alle Kurzarbeiter, vom Extrabeitrag befreit.
3. Kurzarbeiter, die weniger als fünf Tage, mindestens aber vier Tage oder die entsprechende Stundenzahl in der Woche arbeiten, haben für je drei Wochen zwei Beiträge zu entrichten.
4. Kurzarbeiter, die weniger als vier Tage oder die entsprechende Stundenzahl in der Woche, mindestens aber drei Tage in der Woche arbeiten, haben für je zwei Wochen einen Wochenbeitrag zu leisten.
5. Kurzarbeiter, die mehr als drei Tage verkürzt arbeiten, deren Arbeitszeit also weniger als 21 Stunden in der Woche beträgt, sind vom Beitrag befreit.
6. Bei berechnenden Mitgliedern, über dem tariflichen Minimum entlohnten Mitgliedern und Mitgliedern, die Gehaltsschläge erhalten, richtet sich die Beitragsleistung nicht nach der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in der Woche, sondern nach dem erzielten Verdienst. Ein berechnendes Mitglied, das bei Kurzarbeit das tarifliche Minimum verdient, muß gerechterweise den Vollarbeitern gleichgestellt werden. (Ziffer 1.) Eingemäß sind die berechnenden Kurzarbeiter in die einzelnen Gruppen (Ziffer 2 bis 4) einzureihen. Die Kontrolle über diese Mitglieder liegt in erster Linie den Druckereikassierern ob.

Berlin, 3. Oktober 1923. Der Verbandsvorstand.

Gen. Leipzig. Nahegehende Kollegen wollen sich sofort melden: Richard Heinze (Saubuchnummer 81632), Fr. A. Walter Hermann (96020), Hans Silbelein (62537), Paul Zengisch (122566), Walter Fr. Lange (62969).

Königsberg i. Pr. (Dr. und Beirat.) Vom 1. Oktober d. J. ab gelten folgende Beiträge: für den Ort 25 Proz., des Verbandsbeitrages, für den Bezirk 25 Proz. des Ortsvereinsbeitrages. Die Summe ist auf volle 100 000 M. abzurufen.

Stettin. Gesamtbetrag für die erste Oktoberwoche 23 500 000 M. Derselbe setzt sich wie folgt zusammen: 16 Millionen Mark ordentlicher Verbandsbeitrag, 2 Millionen Mark Extrabeitrag, 1 800 000 M. Gau, 900 000 M. Ort, 1 400 000 M. für „Korr.“ Obligatorium (Steuerebene nächste Verammlung), 1 400 000 M. Arbeitslosenfonds. Der Ortsbeitrag beträgt stets 5 Proz. des Gesamtverbandsbeitrages. - „Korr.“ Bezugspreis für Oktober wird voll zurückgezahlt.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau Leipzig 1. der Maschinenfeger Rudolf Köpping, geb. in Leipzig-Sellerhausen 1903, ausgl. in Leipzig 1921; 2. der Seher Karl Schwedes, geb. in Wolfhagen, Bezirk Kassel, 1859, ausgl. daselbst 1973; waren schon Mitglieder. - 2. Hessebach in Leipzig, Brüderstraße 91.

Versammlungskalender

Hamburg-Altona. Korrektorenversammlung Sonntag, den 7. Oktober, 10 Uhr vormittags in der Bibliothek. Dresden. Versammlung der Freien Faktorenvereinigung Sonntag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Kaufhof“. - Maschinenfegervereinigung Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Gemeindefeier“, Kaufhofstraße.

Anzeigengebühr: Die schmalste Zeile 6000 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Vorbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 20000 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmestrich: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Postfachbestellung.

Anzeigen, die im Ausnahmefalle nicht sogleich bei ihrer Aufgabe bezahlt werden können, müssen nach Erscheinen gemäß dem unter „Briefkasten“ angegebenen Preis sofort beglichen werden. Geschäftsstelle des „Korrespondent“.

Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend

Conntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Der Verein Casino“, Treppenstraße 19.

Vereinsversammlung

Wegen der wichtiger Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Am Sonntag, dem 23. Oktober, in den Räumen des „Druckers Majus“.

Gästungsfest

Da der Vorstand für die erforderlichen Stellen bestimmt ist, muß für zahlreiches Besuch rechnet werden. Karten in der Geschäftsstelle und ab 12. Oktober im Verkaufsort, Treppenstraße 19.

Den Druckereikassierern zur Kenntnis, daß vorläufig keine Kontenabrechnung zu erwarten sind, da voraussichtlich der Bericht alle 14 Tage gemacht wird. Bekanntmachung in der Tages- und Gewerkschaftspresse, Freitag ab 1. Oktober d. J. bis ab 11. Oktober nach dem jeweiligen Wochenkalender, letzter Tag.

Berlin! 35 Jahre alt (Typograph, Linotype, Maschinenfeger, Linograph), langjährige Auslandspraxis (zum Teil als Monteur und Inspektor), perfekt Spanisch, Dänisch, Norwegisch, Schwedisch sowie gute Kenntnisse des Englischen, Französischen und Griechischen, sucht Stellung als Maschinenfeger oder Korrektor zum Dezember oder später. A. Purkat, Barcelona-S. 8., Spanien, Mariano Cubi, 65, 4, 2a.

Schweizerdegen

27 Jahre alt, ledig, selbständiger, sicherer Arbeiter, an holländ. jehennemisches Arbeiten am Rasen und an der Maschine gewöhnt, sucht Stellung, Bayern oder Österreich bevorzugt. West-Wegecode unter A. S. 12 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Erstklassiger Akzidenzsetzer

zur Zeit Exster, vollkommen selbständig im Satz und Entwurf moderner Akzidenz- und Reklamendruckfachen, sauber im Typsetzwerk, sucht anderweitig Dauerstellung. Verslangen die Muster und Zeugnis. Offerten unter Nr. 18 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Seherstereotypen

in Wund- und Flachstereotypen, Bleischnitt, Abzüge u. A. in zehnjährig durchaus erfahrender, tüchtig in angenehmer Tätigkeit zu verändern. Mittel- oder Norddeutschl. u. nur mittl. Verdienst bevorzugt. Ges. Angeb. unter A. N. 6 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Junger Stetsamer Typographsetzer

(Modell A, eventuell auch U-B) sucht in größerem Betriebe Stellung. Mittel- oder Süddeutschland bevorzugt. Gest. Offerten unter Nr. 17 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Werkzeuge für Seher

Verlag des Bildungsverb. für Deutschl. Buchdr. Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Jeder Buchdrucker erlernt die Weltkultursprache IDO

ohne Lehr aus dem Lehrbuch für Arbeiter. Grundpreis 1 M. zu beziehen vom Verlag A. Volz, Leipzig, Braustraße 2 III. Postcheckkonto 427. Weltre Auskünfte erteilt W. Fromm, Leipzig-Döllitz, Crostwitzstraße 7. Fernunterricht unentgeltlich. Siehe Nr. 60 des „Korrespondent“ S. 347, Literarisches S. 347. [378]

Wir suchen zu kaufen:

„Die deutsche Buchstabenschrift“

ihre Entfaltung und Entwicklung, ihre Zweckmäßigkeit und völlige Bedeutung von Adolf Reineke. Verlag d. Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8.

Arbeiter-Bühne

Soziale Eins und Melodram, Einakter, Festspiele, Proslog. Katalog 100 M. K. Siegl, München 9.

Kunstabdrückfedern + Tischen

Schildel f. Blei, Holz, Linoleum. Verl. d. Bild.-Verb. d. Dtsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Am 15. September verstarb nach kurzem Leiden im Alter von 67 Jahren an Ungeheuerentzündung unser Mitgl. Emil Sternitzki

Emil Sternitzki

Seit Gründung des Vereins im Jahre 1892 und als langjähriges Vorstandsmittelglied war er stets bemüht, für die Interessen der Kollegen zu wirken; seine Treue für den Verein wird ihm unvergessen bleiben. Ferner verstarb am 20. September nach kurzer Krankheit im Alter von 63 Jahren an Gallensteinen unser Mitglied, der Stereotypen

Karl Paulherr

Trotz seiner Stellung als Abteilungsleiter hatte er ein warmes Herz für die Kollegen. Sein lebenswichtiges, echt kollegiales Wesen sichert ihm ein dauerndes Andenken. Wir werden der lieben Kollegen stets in Ehren gedenken. [18]

Berliner Stereotypenverein.